

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1330  
Blatt Nr. 52.

Nr. 135.

Sonnabend, 13. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen in der Nummer des Vorgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 wöchentliche Anzeigen 1 Mark, 3 wöchentliche 50 Pfennig, 2 wöchentliche 30 Pfennig, 1 wöchentliche 15 Pfennig. Anzeigen für den Auslandverkehr sind separat zu beauftragen. Die Anzeigen sind in deutscher Sprache zu schreiben. Die Anzeigen sind in der Redaktion abzugeben. Die Redaktion ist in Riesa, Hauptstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Vor großen Entscheidungen.

Von Dr. R. L. M. d. R.

Die Antwortnote der Entente in Sachen der Entwaffnung Deutschlands und die Erwiderung Frankreichs auf das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes werden Reichsregierung und Reichstag sehr bald vor außerordentlich schwierige Entscheidungen stellen. Es wird sich zeigen, dass man um die Probleme der Außenpolitik nicht länger mit schönen Streifenreden herumreden kann, und dass man sie nicht durch allerhand politische Akrobatikfertigkeit zu lösen vermag, sondern dass man jetzt wirklich Farbe bekennen und sich entscheiden muß, welcher Kurs in der deutschen Außenpolitik tatsächlich eingeschlagen werden soll. Es kann sich dabei natürlich nur um Anfänge einer aktiven Außenpolitik handeln, aber doch um Anfänge von anspruchsvoller Bedeutung für die ganze künftige Einstellung unserer gesamten Außenpolitik.

Die sogenannte Entwaffnungsnote soll man nicht allzu tragisch nehmen. Sie wurde am besten wohl von der führenden liberalen Zeitung Englands gekennzeichnet, und zwar als „bloßes Nachwort“. In der Tat ist diese Note, zu der Frankreich und England fünf Monate gebraucht haben, nach Art und Inhalt eine Blamage für diese Länder, wie sie sich Großmächte bisher wohl kaum geleistet haben. Gegenüber der tatsächlichen Abrüstung Deutschlands auf der einen Seite und dem Rüstungsstieber Frankreichs und seiner Satellitenstaaten auf der anderen Seite, muß es geradezu lächerlich anmuten, wenn nach jahrelangem Studien treiben ein paar falsch einbeachtete Festungskonstruktionen als Verstoß gegen die Entwaffnungsvorschriften angeführt werden. Noch erbärmlicher würde das Bild werden, wenn das von den Kontrollkommissionen der Entente zusammengetragene Material in seinen Einzelheiten und unter Nennung der Quellen und der Gewährsleute veröffentlicht werden würde. Dann würde es sich zeigen, auf welches Geschwür und auf welche Schandflecken die Entente bei ihren angeblichen Feststellungen sich stützt; offenbar will sie ihre Gewährsmänner nicht preisgeben. Soweit die Note der Entente Eingriffe in die innere Verwaltung Deutschlands enthält oder hinsichtlich des Oberbefehls der Truppe einen Widerruf gemachter Zusagen versucht, wird die deutsche Regierung offensichtlich mit ruhiger und würdiger Entschiedenheit dieses Vorgehen zurückweisen. Im übrigen scheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß durch Aufklärung und Verhandlungen ein erträgliches Ergebnis erzielt werden wird. Die selbst in großen deutschen Zeitungen wiederkehrende Auffassung, daß die Note lediglich eine dauernde Befestigung der Röhre Zone einleiten solle, trifft ganz sicher nicht zu, denn sie überläßt, daß an der Note auch England beteiligt ist, das festsitzt, daß von jeher in der Geschichte ein Verbleiben Frankreichs am Rhein als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar behandelt hat. Wenn England im gegenwärtigen Augenblick nach dieser Richtung hin nicht mit größerer Entschiedenheit auftritt, so liegt es daran, daß es die wohlwollende Gesinnung Frankreichs bei der Lösung anderer schwerwiegender Probleme dringend braucht. Diese Probleme spielen auch eine ganz ausschlaggebende Rolle bei dem Zustandekommen der Einheitsfront zwischen England und Frankreich in Sachen des Sicherheitspaktes.

Dieser ganze Sicherheitspakt muß im Rahmen der großen weltpolitischen Zusammenhänge gewürdigt werden. Frankreich und Großbritannien brauchen für die nächste Zeit Ruhe in Europa; dazu brauchen sie Deutschland, aber sie brauchen auch untereinander bei der Lösung außeruropäischer Fragen Freiheit von politischen Meinungsverschiedenheiten. Die Sorgen, die sich für Frankreich in Marokko aufstürzen, und die Schwierigkeiten, die für England in Ägypten, in Indien und China täglich größer werden, müssen es beiden Ländern zur zwingenden Notwendigkeit machen, wenigstens für einige Zeit die Armeen in Europa frei zu bekommen. Daher die Sehnsucht, Deutschland in den Völkerbund zu bekommen und den Sicherheitspakt unter Dach und Fach zu bringen.

Für Deutschland ist damit die Entscheidung in der grundlegenden Frage gegeben, ob es sich in eine westlich orientierte Politik mit dem Eintritt in den Völkerbund als erster Etappe und mit dem Endziel der Vereinigten Staaten von Europa einschließen will, oder ob es sich unter Fernbleiben aus dem Völkerbund östlich orientieren und seine Zukunft auf die materiellen und persönlichen Dispositionen dieser Gebiete abstellen will. Ein Drittes gibt es nicht, wenn schon ein solches auch von einem deutschen Außenminister erst vor kurzem nach der Richtung hin für möglich bezeichnet worden ist, daß Deutschland die ausbleibende und verbindende Mitte zwischen Osten und Westen bilden könnte. Wohin man bei einem solchen Verlaufe gelangen möchte, hat in ungeheurer Tragik die politische Konstellation gezeigt, in der sich Deutschland während des letzten Krieges befand.

Innerhalb dieser großen Perspektive der außenpolitischen Zukunftsentwicklung sind die mit dem Sicherheitspakt zusammenhängenden Fragen zu prüfen und zu entscheiden. An Entscheidungen soll man dabei nicht hängen bleiben. So ist z. B. die Frage des Durchmarsches durch Deutschland wohl von theoretischer, aber nur von ganz geringer praktischer Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick. Wie sich Deutschland im gegebenen Falle zu einem Durchmarsch fremder Truppen zu stellen hat, hängt lediglich davon ab, ob ein solches Durchmarsch geschehen soll innerhalb einer für Deutschland verbindlichen außenpolitischen Zielsetzung oder nicht. Das im übrigen ein solcher Durchmarsch letzten

## Reichsinnenminister Schiele über die Volksgesundheit.

von Berlin. Im Haushaltsausblick des Reichstags ergiff in der Weiterberatung des Etats des Reichsinnenministeriums beim Statist. Gesundheitswesen Reichsinnenminister Schiele zu einer großartigsten Rede über den Gesundheitszustand des deutschen Volkes und die Maßnahmen der Reichsregierung das Wort. Er führte u. a. aus:

Die Besserung der durch die Kriegs- und Nachkriegszeit geschädigten Volksgesundheit wurde durch die Infestation wieder zunächst gemacht. Insbesondere nahmen Tuberkulose und Malaria wieder zu, und selbst Skorbut und Knochenbrüche traten gehäuft in die Erscheinung. Auch mehrte sich die Zahl der Unterernährten, der blutarmen und ungesundheitsfähigen Kinder zu beunruhigender Höhe. Mit der Stabilisierung besserten sich offensichtlich die gesundheitlichen Verhältnisse. Ueberaus gering ist nunmehr die Zahl der Sterbefälle, geringer als je im Frieden und auch im Vergleich zum Auslande. Auch die Zahl der anstehenden Krankheiten und deren Sterblichkeitsziffer ist gering geblieben. Ueber die Sterblichkeitsziffern haben wir die Todesursachenstatistik des Reichsgesundheitsamtes; über die Krankenstände in deutschen Volk und wir auf die Leistungen der Ärzte angewiesen. Sobald die Antworten auf einleitende bei den Landesregierungen über die Gesundheitsverhältnisse im Jahre 1924 vorliegen, werden sie durch das Reichsgesundheitsamt zu einer Zeitschrift verarbeitet werden.

Auch 1924 ließe der Ernährungsstand der Jugend mangelhaft noch viel zu wünschen übrig. Malaria und Tuberkulose waren nur zu häufig noch anzutreffen, aber doch war gegenüber 1923 eine Wendung zum Besseren nicht zu verkennen. Als betrüblich werden demgegenüber noch wie vor die Gesundheitsverhältnisse bei Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern angesehen; daneben wird auch die schwierige gesundheitliche Lage vieler linderreicher Familien hervorgehoben.

Bezüglich der Geschlechtskrankheiten wird von der Mehrzahl der Sachverständigen eine Abnahme, insbesondere der lupulischen Krankheiten gemeldet. Als erschreckend hoch wird die Zahl der Fehlgeburten und der Fälle von Kindstirblichkeit bezeichnet. Mit erster Sorge erfüllen muß die Gesundheitspolitik der immer deutlicher hervortretende Rückgang der Geburten, insbesondere in den Großstädten.

Zur Hebung der Volksgesundheit stehen im Vordergrund der Maßnahmen die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung zu erschwinglichen Preisen und die Bekem-

mung der Wohnungsverhältnisse. Auf diesem Gebiete des Ernährungsministeriums und des Reichswohlfahrtsministeriums kann das Ministerium des Innern sich nur als Mahner und Mitarbeiter betätigen.

Durch das neue Lebensmittelgesetz, das ich in nächster Zeit dem Reichstag vorlegen können, wird ein guter Schritt vorwärts getan werden, um die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien Lebensmitteln sicherzustellen und sie vor Ueberschneidung zu schützen.

Der Minister gedachte dann der Hilfe aus dem In- und Auslande, die sich für die Pinderung der Notstände einsetzte. Unendlich groß sei die Zahl derjenigen, denen durch Vermittlung der in der Deutschen Reichshilfe zusammengefaßten deutschen Wohlfahrtsverbände und des deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe Hilfe und Unterstützung in ihren leidlichen Nöten zuteil geworden sei. Diefes Dank des deutschen Volkes gebühre allen diesen unermühtlichen Spendern.

Von dem Ministerium seien Schritte eingeleitet, daß die Speisung von Schulkindern auch nach dem Verliegen der Auslandsmittel nicht zum Stillstand gelange.

Gegenüber den akuten gesundheitlichen Erkrankungen haben so führte der Minister weiter aus, die Gesundheitsverwaltung, der städtische Apparat und die Wissenschaft sichere Handhaben geboten, um Epidemien alsbald im Keime zu ertischen. Den Wünschen nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Tuberkulose hoffe ich bald entsprechen zu können. Ich hoffe auch, dem Reichstag in Ueber-

einbringung mit seinen Entschließen bereits in nächster Zeit den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorlegen zu können. Für die Volksgesundheit wird auch der Entwurf eines Schulküchengesetzes bedeutsam sein.

Auch der Pinderung der Säuglingssterblichkeit, des Mesdientums und der Bekämpfung des Krüppelentums sowie der Fürsorge für jugendlichen Pflanzpatrien wird mein Ministerium besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die langjährigen Bestrebungen, bereits im Schulunterricht der Jugend ein ausreichendes biologisches und hygienisches Wissen zu vermitteln, werden bald zur Verwirklichung gelangen. Breite Kreise des Volkes sollen auch durch große Ausstellungen mit den Fragen der Gesundheit beschäftigt werden und mit den Aufgaben des sozialhygienischen Wirkens. Gesundheit des Volkes ist sein wertvollstes Kapital. Dieses zu erhalten und zu mehren, werde ich für meine vornehmste Aufgabe halten. (Beifall.)

Der Redner verlegte sich dann.

Ende eine nachpolitische Frage des Augenblicks ist, zeigt der deutsche Durchmarsch durch Belgien.

Bei der ganzen Behandlung des Sicherheitspaktes darf schließlich auch die Tatsache nicht aus den Augen verloren werden, daß es sich bei ihm nicht um Verträge von Ewigkeitswert handelt, sondern um die Einleitung einer außenpolitischen Epoche, über der Deutschland nach und nach aus seiner passiven Rolle wieder zu einem aktiven Faktor des Weltgeschehens wird.

## Weitere Sentung der Umsatzsteuer geplant.

Eine erfreuliche Mitteilung machte Staatssekretär Poppi vom Reichsfinanzministerium im Steueranspruch des Reichstags; die Regierung will unter gewissen Voraussetzungen dem gemeinsamen Drängen der Wirtschaftskreise und der Verbraucher nachgeben und den Satz der Umsatzsteuer weiter senken. Die Voraussetzung dafür aber ist, daß bei den anderen Steuern nicht Herabsetzungen der Einnahmen beschlossen werden, die den Reichschat zu umwerfen. Die Redner der Opposition bekämpften diesen Standpunkt mit der Begründung, daß die Interessen der Wirtschaft für die Herabsetzung der Umsatzsteuer ausschlaggebend sein müßten. Aber auf irgend eine Weise müssen doch die nötigen Einnahmen in den Reichschatel gebracht werden. Die Parteien müssen sich also überlegen, an welcher Stelle die Herabsetzung der Steuererträge am dringenden ist. Da die Sentung der Umsatzsteuer ein leichtes Heruntergehen der Warenpreise erhoffen läßt, so müßte sie wohl in erster Linie angestrebt werden. Die Herabsetzung würde nach der Erklärung des Staatssekretärs etwa am 1. Oktober eintreten.

## Die Vertreter der Kirchen vom Reichspräsidenten empfangen.

(Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern die Vertreter der Religionsgemeinschaften zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche anlässlich seines Amtsantritts. Namens des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes überbrachte der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, Dr. Dr. Kapler die Wünsche der Gesamtheit der Deutschen Evangelischen Landeskirchen. Er dankte dem Herrn Reichspräsidenten für den Empfang, in dem er nicht nur einen staatspolitischen Akt, sondern den Ausdruck eines tiefreligiösen Empfindens erblickte, und versicherte namens seiner Glaubensgemeinschaft deren Bereitwilligkeit an dem Aufbau des Vaterlandes und an der Sammlung und Einigung des Volkes mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Der Fürbittschiffliche Delegat, Weihbischof Dr. Deimex, sprach dem Herrn Reichspräsidenten die Glückwünsche der katholischen Religionsgemeinschaft aus. Er wies auf die freudige Zustimmung hin, die die bisherigen Kundgebungen des Herrn Reichspräsidenten bei den deutschen Katholiken ausgelöst haben und gab die Versicherung, daß die katholische Kirche, die sich stets als Träger der Autorität und Ordnung erweisen habe, jederzeit die in Religion und Kirche ruhenden Kräfte der Staatsregierung zur Verfügung stellen werde.

Als Vertreter des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden begrüßte Kammergerichtsrat L. Wolff den Herrn Reichspräsidenten. Er drückte die Befriedigung der deutschen Juden aus über die von dem Herrn Reichspräsidenten gegebene Zusicherung, allen Parteien und Bekenntnissen in gleicher Weise entgegenzutreten und gelobte namens der deutschen Juden weitere hingebende und eifrige Mitarbeit an den vaterländischen Aufgaben.

Der Herr Reichspräsident

erwiderte mit nachstehender Ansprache:

„Meine sehr verehrten Herren!“

Ich danke Ihnen herzlich für die Worte der Begrüßung, die Sie als Vertreter der Religionsgemeinschaften senden an mich gerichtet, und für die Glückwünsche, die Sie mir entgegengebracht haben.

Ihre von gleicher Gesinnung getragenen Erklärungen der Bereitwilligkeit, die durch Sie vertretenen religiösen Kräfte des deutschen Volkes der Erhaltung unseres Staates und dem Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes nutzbar zu machen, erfüllen mich mit hoher Befriedigung. Ich erblicke darin um so mehr eine wertvolle Bürgschaft für die Festigung unserer inneren Verbändnisse, als ich mir bewußt bin, welche große Aufgaben die Religionsgemeinschaften an der Gestaltung des seelischen Lebens der Nation zu erfüllen haben. Ich gebe Ihnen bei dieser Gelegenheit erneut die Versicherung, daß ich in meinem hohen Amte mit gleicher Bewusstheit alle Bekenntnisse und Bekenntnisse achten und heid den Geist innerer Volksgemeinschaft schätzen werde.

Wenn ich einen Wunsch anschließen darf, so bitte ich Sie, diesen gemeinsamen Empfang der Vertreter der verschiedenen Bekenntnisse durch den Vertreter des Deutschen Reichs nicht nur als eine bloße Form anzusehen. Wie Sie, meine Herren, sich hier zusammengefunden haben, um mir Ihre gleichgestimmten Wünsche auszudrücken, so möge auch in den Reihen der Kirchen und Gemeinschaften sich stets der Sinn für Verbändlichkeit, gegenseitige Achtung und einträchtige Zusammenarbeit finden, ohne den die Zukunft Deutschlands nicht gelindert werden kann.“